

# Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz  
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorsehung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentl. M 83 Milliarden bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. M 80 Milliarden; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Petitzeile (Masse's Zeilenmesser 14) M —.15, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M —.10. Amtliche Zeile M —.45 und M —.30; Reklame M —.40. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Briefkurs vom Jahrtag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Ha ptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäusern des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großhörnisdorf, Bretzig, Hauswalde, Horn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365. Druck und Verlag von E. S. Försters Erben (Inh. S. W. Mohr) Schriftleiter: S. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 138.

Dienstag, den 20. November 1923.

75. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

Durch Strafbefehl des Amtsgerichts Pulsnitz vom 9. Oktober 1923 ist der Fleischermeister **Oswin Hantsch** in Pulsnitz wegen Preisreibeerei zu

### drei Milliarden Mark Geldstrafe

oder 15 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der unter Berücksichtigung der Geldwertverwertung auf mindestens 230 Millionen errechnete Uebergewinn ist eingezogen worden.

Amtsgericht Pulsnitz, am 15. November 1923.

## Gebt zur Notgemeinschaft Pulsnitz!

### Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Wochenblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

## Das Wichtigste.

Der sächsische Landtag hat den Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung des Abg. Schneller angenommen, der wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Bürgerkrieg festgenommen war. In Sachen ist die Bildung einer überparteilichen Hilfskommission angeordnet worden.

Gegen den früheren sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Seigner soll ein Verfahren wegen Vortäuschung eingeleitet werden sein.

Zu einer großen Rede vor dem Zentralvorstand der D. V. P. verteidigte Reichstagsabg. Dr. Stresemann die von ihm geführte Reichspolitik, als deren bedeutamsten Erfolg er die Fiktionierung Frankreichs von den Alliierten in Anspruch nahm.

Der Reichswirtschaftsminister und der Militärbefehlshaber haben die Landesregierungen bzw. die Wehrkreiscommandos angewiesen, sofort unnachlässig gegen Goldpreisleistungen vorzugehen.

Die Reichsregierung beabsichtigt, die Betriebssteuer vom 1. Jan. 1924 ab nicht mehr zu erheben.

Die französische Regierung hat offiziell bei England angefragt, ob es sich an neuen Strafmaßnahmen gegen Deutschland beteiligen wolle; andernfalls Frankreich einen eignen Weg gehen werde.

Die Sonderbündler gründen ein Heer. Rekrutierungsaufreufe wurden von den Sonderbündlern in den Straßen Speyers angeschlagen. In den Plätzen werden männliche Personen von 20 bis 35 Jahren zum Eintritt in die Wehr der „Rheinischen Republik“ aufgefordert.

Wie der deutsche Handelsdienst erfährt ist beabsichtigt, dem Währungsminister Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten zu berufen.

Zu Redner für die außenpolitische Aussprache im Reichstage wurden der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wols und Rosenfeld bestimmt.

Auf der Tagung des Zentralausschusses der Deutschen Volkspartei in Berlin, erklärte sich der Reichstagsabg. gegen eine Diktatur der Wirtschaft.

Poincaré hat gestern in einer Rede in Neuilly erklärt, daß neue Gewaltmaßnahmen Deutschland gegenüber ergriffen werden müssen.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

**Pulsnitz.** (Die nächste Mütterberatungspredigt) in Pulsnitz findet Donnerstags, den 22. November 1923, nachmittags 3 Uhr im Rathaus — 1 Treppe — statt. Auf den abends 8 Uhr in Schumanns Restaurant in Pulsnitz M. S. stattfindenden Mütterabend wird hiermit hingewiesen und um zahlreiches Erscheinen gebeten.

— (Gemeindeverwaltung) Die Gemeindegewerbesteuer wird in der Nacht zum 1. Dezember 1923 in der Nacht zum 1. November 1923 aus einer offenen Laube in der hiesigen Mittelmühle eine Bank, 1,85 m lang, 30 cm breit, 50 cm hoch, mit 8 Latzen und 6 Beinen versehen, von altem, grauem Anstrich. Personen, welche hierzu sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, dies dem nächsten Gendarmen oder der Polizeiwache zu melden.

— (Polizeibericht) Gestohlen wurde in der Nacht zum 19. November 1923 aus einer offenen Laube in der hiesigen Mittelmühle eine Bank, 1,85 m lang, 30 cm breit, 50 cm hoch, mit 8 Latzen und 6 Beinen versehen, von altem, grauem Anstrich. Personen, welche hierzu sachdienliche Angaben machen können, werden gebeten, dies dem nächsten Gendarmen oder der Polizeiwache zu melden.

— (Aufhebung der Betriebssteuer) Nach Erkundigungen, die die Handelskammer zu Zittau im Reichsfinanzministerium eingezogen hat, beabsichtigt die Reichsregierung, die Betriebssteuer vom 1. Januar 1924 ab nicht mehr zu erheben. Zu der von der Handelskammer geforderten früheren Befreiung der Steuer hat sich die Reichsregierung außerstande erklärt. Der zuständige Referent im Reichsministerium hat dabei auf folgendes hingewiesen: Die Erhöhung der Verhältniszahl auf 300 000, mit der die Ermäßigungsätze beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfältigen sind, und die auch für die Woche vom 19. bis 24. November noch in dieser

Höhe beibehalten werden soll, habe zur Folge, daß die Betriebssteuer für diese Woche für das Reich fast vollständig ausfalle. Unter der Wirkung dieser Maßnahme seien nämlich alle Arbeiter, deren Lohnneinkommen den Gehältern der Beamten bis zur VI. und VII. Besoldungsgruppe gleichkomme, von jedem Lohnabzug befreit. Ein verheirateter Arbeiter mit zwei Kindern würde von seinem Lohnneinkommen bis zur Höhe von 12,8 Billionen Mark, ein verheirateter Arbeiter mit einem Kinde bis zu einem Einkommen von 11 Billionen Mark keine Einkommensteuer abzuführen haben. Bergegenwärtige man sich, daß in der Industrie nur noch stark eingeschränkt gearbeitet werde, so bedeutet dies, daß die Lohnsteuer und damit auch die Betriebssteuer vorläufig praktisch außer Wirksamkeit gesetzt worden sei.

— (Höchstätze in der Erwerbslosenfürsorge.) Die Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung betragen in der Woche vom 12. bis 17. November 1923 wochentäglich

	in den Orten der Ortsklassen			
	A	B	C	D/E
	Milliarden	Milliarden	Milliarden	Milliarden
1. für Männer	Mr.	Mr.	Mr.	Mr.
a) über 21 Jahre	420	390	360	330
b) unter 21 Jahren	250	230	210	190
2. für weibliche Personen				
a) über 21 Jahre	340	320	300	280
b) unter 21 Jahren	200	190	180	170
3. als Familienzuschläge				
a) für den Ehegatten	150	140	130	120
b) für jedes Kind	130	120	110	100

Die Familienzuschläge dürfen insgesamt die Hauptunterstützung nicht übersteigen.

— (Mindestzahl der Ortsgespräche.) Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion Dresden teilt mit, daß die Oberpostdirektion, da in den Kreisen der Fernsprechteilnehmer vielfach Unklarheiten über Zweck der Mindestgesprächszahl im Ortsfernsprechverkehr bestehen, folgendes Schreiben gerichtet hat: Die früher für Fernsprechanträge vorgesehene Mindestüberlassungsdauer von einem Jahre wird von der Postverwaltung jetzt nicht mehr beansprucht. Jeder Teilnehmer kann daher jederzeit seinen Anschluß mit einmonatiger Kündigungsfrist zum Ende jedes Vierteljahres kündigen. Ferner sind die früher für Hauptanschlüsse zu entrichtenden Grundgebühren jetzt vollständig beseitigt worden, nachdem sie bei den letzten Gebührenerhöhungen auf Wunsch des Verkehrs beirats des Reichspostministeriums und des 27. Reichsausschusses besonders geschont worden waren. Die Grundgebühren, d. h. die Kosten für die Ueberlassung und Instandhaltung der Apparate und Anschlußleitungen sowie der technischen Einrichtungen im Vermittelungsamt, sind jetzt in den Gesprächsgebühren anteilmäßig mit enthalten. Durch die monatlichen Mindestgesprächsgebühren sollen der Reichstelegraphenverwaltung wenigstens die Beträge zufließen, die unbedingt nötig sind, um die oben genannten Einrichtungen betriebsfähig zu erhalten. Bei dieser Sachlage und mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen, die keine Ermäßigung zulassen, würde etwaigen Anträgen auf Herabsetzung oder Befreiung der Mindestgesprächszahl ein Erfolg nicht in Aussicht gestellt werden können.

— (Ablauf von Demobilisierungsverordnungen.) Infolge des Ablaufs der mit Reichsverordnung vom 29. Oktober 1923 (R. G. B. Seite 1037) gestellten Frist verlieren die Anordnungen des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung vom 23. November — 17. Dezember 1918 über die Erhöhung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter und die Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 18. März 1919 (R. G. B. Seite 315) über die Regelung der Arbeitszeit von Angestellten mit dem 17. November 1923 ihre Gültigkeit. Zur geplanten Neuregelung durch das Arbeitszeitgesetz ist es bisher nicht gekommen. Es entsteht also eine für den Wirtschaftsfrieden schwer bedrohliche Lücke. Das sächsische Arbeitsministerium hat hiergegen, wie die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei mitteilt, nachdrücklich Einspruch bei Reichsarbeitsministerium erhoben und um schnelle vollwertige Abhilfe dringend ersucht.

— (Strafen für die Ablehnung von Papiergeld.) Dieser Tage hatte sich eine größere Anzahl Geschäftsleute in Plauen wegen der Weigerung, von Käufern Papiergeld anzunehmen, vor der fliegenden Gerichtskommission zu verantworten. Ein Händler aus der Lebensmittelbranche wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, in den anderen Fällen sind Geldstrafen von 30 bis 40 Billionen Mark ausgeworfen worden.

— (Ausgabe von Rentenmark an Industrie und Großhandel.) Am Sonnabend ist von der Reichsbank mit der Ausgabe von Rentenmarkbeträgen auch an die Handelsorganisationen und Industrieunternehmen begonnen worden. An den Lebensmittelgroßhandel ist ein Betrag von ungefähr 5—6 Millionen Rentenmark zur Ausgabe gelangt. Es ist damit zu rechnen, daß im Laufe dieser Woche größere Beträge auch bei den Reichsbankstellen in der Provinz zur Ausgabe gelangen werden.

**Gräfenhain.** (Diebesbande.) Am 12. November gelang es der zuständigen Gendarmerie eine Diebesbande, die seit langer Zeit unsern Ort unsicher gemacht hatte, zu ermitteln. Was niemand erwartet hatte, war Wirklichkeit. Ortseinwohner, die aus Bauerngütern bez. Wirtschaften entstammen, hatten an mehreren Stellen Kartoffelzellen, Möhrenbeete, Kartoffelfeimen geplündert. Bretter vom Bau, 30 Säcke, die zum Trocknen aufgehängt, Bäume, Wäscheleinen, Schweinefleisch u. a. gestohlen. Selbst vor Einbrüchen waren sie nicht zurückgeschreckt. Doch nicht genug, da sie im Besitze von Militärschusswaffen waren, wurde auch der Wilderei gehuldigt. Da sie im Orte geboren, in den Gebäuden und auf Feldern Beschuldigt wurden, wurde gestohlen, was nicht nicht und nagelhart war. Da stets angenommen wurde, daß es sich um auswärtige Diebe handle, dürfte eine strenge Strafe für diese „ehrliehen“ Leute am Platze sein.

**Baugen.** (Gymnasium) Nach einer ministeriellen Verordnung vom 10. 11. 23 wird das Baugener Gymnasium von Ostern 24 an in ein Reformgymnasium nach Dresdner Ordnung umgewandelt. Als erste Fremdsprache beginnt in Sergia das Englische. Die jetzigen Klassen werden natürlich nach dem bisherigen Lehrplan durchgeführt. Möge die alte Schule, die im Jahre 1927 ihr 400 jähriges Bestehen feiert, auch in der





neuen Form ihren guten Ruf wahren und ihre Schüler für Universtität und Leben auf das Beste vorbereiten.

Dresden. (Evangelisch-lutherische Landes-synode.) Die erste Sitzung der einberufenen 12. ordentlichen evangelisch-lutherischen Landes-synode findet Dienstag, 27. November, vormittags 10 Uhr im Gemeindefaale der Kreuzkirche statt.

Dresden. (Eine Straßenbahnfahrt 150 Milliarden.) Der Grundfahrpreis der Städtischen Straßenbahn wird vom 18. November ab von 35 auf 150 Milliarden Mark erhöht.

Leipzig. (Ein „Mehrfamilien-Heim“ in der Feldscheune.) In einem stillen Vororte von Leipzig wurde dieser Tage eine bunte Gesellschaft von 8 weiblichen und 10 männlichen Personen ausgehoben, die mehrere Wochen in einer Feldscheune Quartier genommen und dort ein „Mehrfamilien-Heim“ gegründet hatten.

Zwickau. (Protest gegen die Abberufung des Amtshauptmanns.) Auf dem Bezirkstage der Amtshauptmannschaft Zwickau gaben die bürgerlichen Vertreter eine schriftliche Erklärung gegen die Abberufung des um den Bezirk hochverdienten Amtshauptmanns Dr. Harzenstein ab.

Eine Rede des Reichskanzlers Stresemann vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 18. November. Der Vorstand der Deutschen Volkspartei trat am Sonntag zu einer Tagung zusammen. Von stürmischem Beifall begrüßt, erhielt nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden der Parteiführer und Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort zu seinem Referat über politische Fragen.

Ich kann keine Hoffnung machen, daß es in Deutschland in absehbarer Zeit besser werden wird. Wir stehen vor einem furchtbaren harten Winter. Man kann heute Politik leider nicht auf lange Sicht machen, weil man gar nicht weiß, wie die Entwicklung auch nur der nächsten Zeit sein wird.

Man spricht im Tone des höchsten Vorwurfs von der Programmlosigkeit des Kabinetts. Auf der einen Seite verlangt man Taten, auf der anderen Seite scheint man zu glauben, daß man unsere Zeit mit Programmen heilen könnte.

Wie stehen die Dinge an Rhein und Ruhr? Frankreich hat es dahin getrieben, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen mit den Industriellen nicht zum Abschluß gekommen sind. Infolgedessen sind wir gegenüber dem besetzten Gebiet in einer sehr schweren Lage.

fein und damit wäre alles verloren, was wir mit der Rentenbank erreichen wollten. Die Verhandlungen der Industrie sind mit Einverständnis der Regierung geführt worden.

Dann ging der Kanzler auf die Regierungsbildung und die Vorgänge in Sachsen und Bayern ein und fuhr dann fort: Es ist ganz selbstverständlich, daß die Jugend überschäumt, aber ebenso selbstverständlich ist es, daß man die Geschichte des Staates ihr nicht anvertrauen kann.

Soll der Reichstag aufgelöst werden oder soll das Direktorium kommen, das sich unter Ausschaltung der politischen Parteien auf die wirtschaftlichen Verbände stützt.

Wenn ich aber die bisherige Politik weiter vertreten soll, dann ist es nur, wenn mir in der eigenen Fraktion keine Schwierigkeiten gemacht werden. Räte die Diktatur, so würde die außenpolitische Mehrbelastung, die dadurch entsteht, nicht getragen werden können.

Ob diese Tätigkeit in allen Punkten Erfolge zeitigen wird, muß sich erst noch zeigen. Sie können aber von dem Führer Ihrer Partei nicht verlangen, daß er das Opfer bringt, diesen Weg zu gehen, wenn er seine Partei nicht hinter sich hat.

(Stürmischer Beifall. Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und bereiten dem Reichskanzler eine stürmische Hulbigung.)

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 16. November. (Der Nationalverband Deutscher Offiziere zu den Münchener Vorgängen.) Der Nationalverband Deutscher Offiziere nimmt zu den Münchener Vorgängen Stellung, über die er sich einer Beurteilung enthält, bis volle Klarheit geschaffen ist.

Berlin, 18. November. Die deutsche Volkspartei hinter Stresemann.) Die Aussprache des Zentralvorstandes der deutschen Volkspartei, an der sich Vertreter aller Wahlkreise, wie auch zahlreiche Mitglieder der Fraktion beteiligten, gestaltete sich zu einer überwältigenden Vertrauenskundgebung für den Parteiführer und Reichskanzler Dr. Stresemann.

Partei ausgesprochen wird. Die Entschließung wurde mit 206 gegen 11 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende Dr. von Richter schloß die Aussprache mit kurzen Dankesworten an alle Anwesenden insbesondere an Dr. Stresemann.

— (Verordnung gegen Schlemmerlokale.) Dem Höchstkommmandierenden der Reichswehr, Inhaber der vollziehenden Gewalt General v. Seedt wird nachgesagt, daß er ein hervorragender, vielleicht der einzige politische Kopf unter den deutschen Generälen sei.

— (Ludendorff über die Befreiung Deutschlands.) Ludendorff hat sich gegenüber dem Vertreter einer Korrespondenz über die Vorgänge beim Stürmerputz geäußert. Nach seinen Motiven zur Mitwirkung gefragt, sagte der General: „Mich hat dauernd das Sterben des deutschen Volkes tief bewegt.“

Bremen, 19. November. (Das Ergebnis der Bürgerchaftswahlen in Bremen.) Die gestern stattgefundenen Wahlen zur Bürgerchaft für Stadt und Land Bremen hatten folgendes Ergebnis: Deutschnational 18 090, Deutschpolitisch 10 970, deutsche Volkspartei 22 929, Demokraten 19 521, Zentrum 3 010, Hausbesitzer 4869 B. S. P. D. 44 564, Kommunisten 26 741.

Berlin, 20. Novbr. (Goldmarkkredite an Private.) Wie die Telegraphen-Union erfährt, sind die Verhandlungen zwischen Reichsbank und der deutschen Rentenbank über die Gewährung von Rentenmarkkrediten an Private nunmehr zum Abschluß gekommen.

Paris, 16. November. (Poincarés Antwort auf die englische Warnung.) In der heutigen Sitzung der französischen Kammer ergriff Poincaré das Wort und erklärte, er halte es für seine Pflicht vor Eintritt der Kammer die Erörterung der vorliegenden Interpellation einen Überblick über die französische Politik geben zu müssen.

Berlin, 18. November. Die deutsche Volkspartei hinter Stresemann.) Die Aussprache des Zentralvorstandes der deutschen Volkspartei, an der sich Vertreter aller Wahlkreise, wie auch zahlreiche Mitglieder der Fraktion beteiligten, gestaltete sich zu einer überwältigenden Vertrauenskundgebung für den Parteiführer und Reichskanzler Dr. Stresemann.

einer i  
fei. D  
den M  
durch  
ber M  
zustell  
italien  
tan hat  
gewesen  
in zwei  
sich nicht  
bedingte  
beweise  
tischen  
passive  
ungen  
entstarr  
Angefe  
einzuflü  
Kompliz  
beiter, s  
friedig  
an etne  
len, Au  
Vorsicht  
die deut  
nachzu  
festlegen



einer internationalen Konferenz deutschen Ursprungs sei. Das Ende des Jahres 1922 sei durch einen rapi-

gekommen werde; in Wirklichkeit entsprachen seine militärischen Maßnahmen nur den von Deutschland getroffenen.

5 Jahren und Geldstrafe bis zu hunderttausend Goldmark bestraft werden.

Deutsche Geiseln für französische Deserteure.

Darmstadt, 19. November. Die Franzosen, die schon mehrfach Personen den Zutritt zum Waldfriedhof verboten hatten, nahmen sechs Personen, die sich zu einer Beerdigung dort eingefunden hatten, fest mit der Begründung, daß die Herren als Geiseln bis zur Auslieferung einiger vor mehreren Tagen nach dem unbesetzten Deutschland desertierten Marokkaner festgehalten werden sollen.

Gegen das Hochtreiben der Goldmarkpreise.

Ein Schreiben v. Seckts.

Berlin, 18. November. Der Inhaber der vollenziehenden Gewalt, General der Infanterie v. Seckt, hat unter dem 15. November an die Wehrkreiskommandeure folgendes Schreiben gerichtet:

Die Währungswirren haben besonders in den letzten Tagen zu einem Hochtreiben der Goldmarkpreise geführt, das weite Kreise aufs tiefste beunruhigt hat.

Bildung einer sächsischen Hilfspolizei.

Das Wehrkreiskommando gibt bekannt: Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist in erster Reihe Aufgabe der Polizei. Sie hat jedoch zurzeit in Sachsen rund 1500 Feststellen. Dieser Umfang fällt nicht ins Gewicht, solange starke Reichswehrkräfte als Rückhalt vorhanden sind.

Paris, 20. November. (Heute wieder Vortragskonferenz) Der Präsident der Vortragskonferenz hat die alliierten Vortragskonferenzen benachrichtigt, daß heute vormittag um 11 Uhr eine neue Sitzung stattfindet.

Keine Aussicht auf englisch-französische Verständigung.

Paris, 19. November. Was London wird folgende Reuter-Note von gestern mitgeteilt: Man glaubt zu wissen, daß die englische Regierung in ihren Instruktionen an Lord Curzon, die heute in Paris eingetroffen sind, ihre Weigerung zu recht erhält, Sanktionen bezüglich der Militärkontrolle und der Rückkehr des früheren deutschen Kommissars nach Deutschland zu unterzeichnen.

London, 19. November. „Daily Express“ schreibt, Poincaré habe in seiner gestrigen Rede zum ersten Male enthüllt, daß Frankreich beabsichtigt, für immer im Ruhrgebiet zu bleiben.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 17. November.

Antrag auf Haftentlassung Schnellers angenommen.

Der Landtag, der sich heute nur mit dem Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung des Abg. Schnellers (Komm.) zu beschäftigen hatte, hat nach kurzer Debatte den Antrag der Kommunisten gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Von den besetzten Gebieten.

Ein neuer Erlass Degouettes. — Gefängnisstrafe bei Arbeiterentlassung.

Wie aus Milsdorf gemeldet wird, hat General Degoutte am Sonnabend einen Erlass unterzeichnet, wonach Industrielle im besetzten Gebiet, die einen Teil oder die Gesamtheit ihrer Arbeiter entlassen, mit Gefängnis bis zu

Frankreich der Dokumentenfälschung überführt

Der Professor Pierre Renouvin, welcher an der Pariser Sorbonne über die Entwürfe des Weltkrieges Vorlesungen hält, hat, wie Jacques Mesnil in der „Humanité“ vom 21. Oktober mitteilt, den wahren Text des Telegrammes Nr. 118 aus dem französischen Gelbdruck über den Kriegsausbruch bekanntgegeben.

Die allgemeine Mobilmachung der russischen Armee ist angeordnet

Das bisher bekannte gefälschte Telegramm hatte folgenden Text:

„Auf Grund der allgemeinen Mobilmachung Desterreichs und der von Deutschland seit sechs Tagen geheim, aber unausgeführt betriebenen Mobilisierungsmaßnahmen ist der Befehl zur allgemeinen Mobilmachung des russischen Heeres erlassen worden, da Rußland nicht ohne die schwerste Gefahr ausgehen kann, daß ihm weiter zuvor-

Der Weg der Schwester Hanna

Roman von Biola Landt.

„Unsere Zweifel an deine Zukunft waren ein fundamentales Irrtum. Du siehst auf der Höhe des Lebens. Ein starkes Heimatgefühl zwang dich in unsere Gegend zurück, wir sind uns wieder nahe gerückt wie damals. Jetzt lag uns das alte Kriegsgelübde begraben. Wir sind die jüngsten nicht mehr, teurer Fritz. Ich habe meinen sechzigsten Geburtstag gefeiert, es sind verdammte Empfindungen, die einem an diesem Tage beschleichen. Nun, du bist jünger. Immerhin . . . wir haben die Mittagsstunde, den Lebensgipfel überschritten, unser Weg senkt sich leise bergab. Laß uns die letzten Gnadenjahre in brüderlicher Liebe zusammengehen.“

Der alte Herr verschmauste schmerzlich. Der Bruder hatte die ganze Rede vernimmt, mit einem inwendigen Lächeln über sich ergehen lassen. „Nun sagte er trocken, ganz ohne Sentimentalität: „Ich verstehe dich nicht, Ulrich. Ich habe nicht das Mindeste gegen Euch. Regelmäßigen Verkehr und rauschende Gesellschaft verbietet mir der Arzt. Aber Ihr könnt mich gern zuweilen besuchen, wenns Euch Spaß macht. Ich habe nicht das Mindeste dagegen einzuwenden.“

„Anfänger sah Herr von Rosenow auf. Der Ton bestiegte ihn nicht völlig. „Wie geht es Joachim?“ fragte der Kommerzienrat nach kurzem Schweigen. „Er ist jetzt Ende zwanzig, was? Zeit, daß er sich nach einer netten und reichen Frau umsieht.“

„Das ist auch mein Wunsch. Er war nahe dran, sich zu verplumpen. . . ein kleines Mädchen. . . na —“ Er schloß die Augen. „Gottlob befand er sich rechtzeitig. Ach, eine reiche Frau, die läte uns bitter not, denn Rosenow —“

„Aber die muß doch auszutreiben sein. So ein bildhäßlicher Junge wie Joachim. Da reißt sich ja die reichsten Mädchen ein Bein drum raus.“

„Das sagst du so. . . indes das hat auch seine Schwächen. Jedenfalls ist die Sache nicht übers Knie zu brechen. Leider tut uns baldige, finanzielle Hilfe not, denn Rosenow —“

Interesse heuchelte, sann er fieberhaft. . . Dann wieder ließ er den Bruder erzählen, drückte sich schweigend in eine Ecke, unfähig, sich zu Bekennernmut aufzuschwingen.

„Und nun erlaubst du, lieber Ulrich, daß ich dir noch meine neue Pflegerin vorstelle.“ Der Kommerzienrat schaltete den Diener herbei. „Ich lasse die Schwester auf einen Augenblick zu mir bitten.“

„Sehr wohl.“

Dann wandte er sich wieder an den zu einem Klumpen Verlegenheit zusammengesunkenen Bruder. „Wie gesagt, lieber Ulrich, Ihr könnt mich gern haben. Bitte, bitte, das soll keine Ironie sein. Wenn Ihr mir mal die Zeit vertreiben wollt . . . Na, wo bleibt denn die Schwester?“

Herr von Rosenow gab sein Vorhaben auf. Aber nur für den heutigen Nachmittag. Er würde bald wiederkommen, die Erlaubnis besaß er ja. Dann wollte er ohne Umschweife mit seinem Anliegen herausrücken. Vielleicht war es gar vorteilhafter, wenn er heute noch schweigend und nicht gleich mit der Tür ins Haus hineinstiel.

Schwester Hanna stand auf der Schwelle. Nach kurzem inneren Kampf hatte sie sich für ein Kommen entschieden. Nicht ferne sein! Warum auch? War ihr Gewissen nicht rein vor diesem Manne?

Der Herr von Rosenow sah auf, seine Augen weiteten sich, er stugte. . . dann verbeugte er sich gemessen mit wohl-erzogenen Mienen standend sich die beiden Menschen gegenüber. „Meine liebe Hausgenossin“, bemerkte der Kommerzienrat mit stolzem Behagen. „Sie stellt mir meine einsamen Tage auf, ich bin ihr zu wärmstem Dank verpflichtet.“

würde wiederkommen, wache Kontrolle üben, würde bald . . . sehr bald wiederkommen.

„Sie sind so schweigsam geworden, Schwester?“

Hanna raffte sich zusammen. „Soll ich die Karten holen?“

„Ja, tun Sie das.“

Es war so um die neunte Abendstunde. Fritz Rosenow lag im Biedermeierzimmer in traulich beschatteter Sofaecke, Hanna ihm gegenüber. Sie lächelte ein wenig hilflos und mischte die Karten. Dabei dachte sie daran, daß ihre Tage in diesem Hause nun doch gezählt waren. Herr von Rosenow würde wiederkommen und auch Joachim.

Siedende Angst übergoß sie. Nein, einem Wiedersehen fühlte sie sich nicht gewachsen.

„Das kühle Benehmen meines Bruders. Ihnen gegenüber hat Sie wohl verlegt?“ forschte der Kommerzienrat. „Wahrhaftig. . . er fand kein Wort für Sie. Das ist unerhört.“

„Das ist weiter nicht verwunderlich, Herr Kommerzienrat. Sie lobten mich gar zu auffällig. Verwandte pflegen eifersüchtig zu sein. Und deshalb. . .“ Sie stockte, atmete tief und nahm dann einen mutigen Anlauf. . . „Deshalb ist es besser, ich gehe. Ich möchte keine Mißbilligungen herausbeschwören; diese Leute denken am Ende gar ich verperrere ihnen den Weg zu Ihrem Herzen.“

Diese Gründe waren fadenscheinig und ohne rechte Logik, trotzdem verzogten sie den Kommerzienrat in zitternde Erregung, seine Hände sanken schlaff auf den Tisch herab. Und dann ergoß sich ein Wortschwall auf Hanna: er beschwor, hat, schmeichelte, bettelte. . . Seit der Stunde ihres Kommens sei er ein anderer Mensch geworden, er könne ihren veredelnden Einfluß nicht entbehren, ohne ihre Nähe, ihre Frauenanmut, ihre sanfte, bezwingende Art ginge er zugrunde, seelisch und körperlich.



Stellung der Hilfspolizei wird nach den von General v. Seekt gegebenen Weisungen die sächsische Staatspolizei auf überparteiliche Grundlagen gestellt. Der Einsatz von Polizeikräften in der letzten Zeit hat gezeigt, daß sie dort voll ihre Aufgabe erfüllt haben, wo sie unter energischen Führern in ausreichender Stärke Verwendung fanden, daß aber auch oft politische Neben- einflüsse Führer und Beamte gegen ihrer Willen zu Schwäche und Nachgiebigkeit gezwungen haben. Diese politische Neben- einflüsse zu beseitigen, wird die Aufgabe der nächsten Zeit sein. Der überwiegende Teil der Polizeibeamten wird die Schaffung klarer Verhältnisse bei der nach wie vor alle ihnen zukommenden Beamtenrechte volle Würdigung finden werden, begrüßen. Für die Verwaltungsbehörden, denen der Einsatz von Polizei ver- antwortlich obliegt, wird sie eine wesentliche Stärkung ihrer Au- torität bedeuten.

Der von der Staatspolizeiverwaltung zum Eintritt in die Hilfspolizei auf Grund der Weisungen des Militärbefehlshabers im Wehrkreis 8 erlassene Aufruf ist nachstehend abgedruckt:

**Aufruf zur Meldung für die Hilfspolizei.**

Bis zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Reich wird zur Unterstützung der bestehenden Polizei im Freistaate Sachsen eine Hilfspolizei aufgestellt. Hierzu können sich verfassungsg- treue deutsche Männer zur vorübergehenden Dienstleistung melden.

Für die Annahme darf nicht die Zugehörigkeit zu bestimm- ten politischen Parteien maßgebend sein, sondern lediglich der feste Wille der Freiwilligen in der Not dem Vaterlande zu helfen und an der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse mitzuarbeiten.

Alle als Hilfspolizist eintretende Personen haben wäh- rend ihrer Dienstzeit Rechte und Pflichten der Polizeibeamten, so- fern keine einschränkenden Bestimmungen getroffen werden. Beamte im Sinne des Beamtengesetzes sind Hilfspolizistbeamte nicht.

Einstellungsbedingungen: Alter nicht über 45 Jahre, mili- tärlich mit der Waffe oder als Kraftfahrer ausgebildet, körperliche und geistige Tauglichkeit, Größe möglichst nicht unter 1,66 Meter, Unbescholtenheit.

Gebühren: Befolgung erfolgt nach Maßgabe der früheren Dienst- und Rangverhältnisse; das Nähere ist bei den Verbestellen zu erfahren. Bekleidung — außer Leibwäsche und Dienstgradab- zeichen — ist frei. Unterbringung, Verpflegung und ärztliche Be- handlung erfolgt nach den bei der Landespolizei bestehenden Bestim- mungen.

Kündigung: Kann täglich gegenseitig auf eine Woche erfolgen. Meldung: Verbestellen für die Annahme von Hilfspolizei- beamten sind beim

Table with 2 columns: Location and Police Office Name. Locations include Leipzig, Chemnitz, and Plauen. Police Office Name includes Sachsenplatz, Mäckern, and others.

Bei der Meldung ist einzufügen (Kurzschrift: Einstellung für Hilfspolizei) oder mitzubringen:

- 1. Selbstgeschriebener kurzer Lebenslauf,
2. Militärapap,
3. Geburtschein,
4. Polizeiliches Führungszeugnis (wird auf Antrag kosten- los von jeder Polizeibehörde sofort ausgestellt).
Genane Wohnungsangabe ist erforderlich.
Einstellung erfolgt sofort nach Feststellung der körperlichen Tauglichkeit, im allgemeinen in der Stadt, in der die Meldung er- folgt, bezw. in der der Bewerber wohnhaft ist.
Staatspolizeiverwaltung.

**Zum Fall Zeigner.**

Dresden, 19. November. Zum ersten Fall Zeigner, der die Indiskretionen des abgesetzten Ministerpräsidenten gegen- über seiner Partei und die Weiterverbreitung vertraulicher In- formationen an die bürgerliche Presse betrifft, gefaselt sich, wie nunmehr feststeht, ein zweiter Fall Zeigner; eine Anklage auf Grund des § 332 des Strafgesetzbuches (Verfälschung). Soweit bis jetzt bekannt geworden ist, hat Zeigner sich die von ihm verfürgten Beugnahmen, deren Höhe von über 70 000 überall berechtigtes Aufsehen erregte, zum Teil erkaufen lassen. Er war bei der Annahme von Gegenleistungen durchaus nicht wählerisch, nahm Zugusgegenstände aller Art entgegen vom wertvollsten Sealpelz für seine eigene Person und dem sehr kostbaren Brillantenkollier für seine Frau Gemahlin an, bis herab zu den tagtäglichen Bedarfsartikeln des Proletariats wie Mehl, Butter, Eier. In seiner immer hohlen Hand verschwanden u. a. auch eine Weihnachtsbaum, seidene Strümpfe, Lebermäntel und -hüte und dergleichen. In die Versteckungsangelegenheit sind eine große Anzahl Personen aus den verschiedensten Städten und Ortschaften Sachsens verwickelt, darunter auch ein Dresdner Großkaufmann H. G., der seinerzeit wegen verschiedener Schie- bereien zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt, von Zeigner eben- falls begnadigt worden war. Und dieser Zeigner durfte sich so- lange als Vertreter der Ausgebuiteten aufspielen und sich ober- ster Hüter des Rechts nennen. Jetzt wird es freilich begreiflich, warum Zeigner die Doppelarbeit als Ministerpräsident und als Justizminister auf sich nahm und trotz mehrfacher Aufforderun- gen seiner Partei, einen besonderen Justizminister zu ernennen, die Erfüllung dieses Wunsches immer wieder hinauszuschieben verstand. Der Posten des sächsischen Justizministers war eben zu einträglich, als daß er ihn einem anderen überlassen könnte. Sehr enttäuscht von ihrem Freunde wird der Bund der Freunde sozialistischer Akademiker sein, der erst vor wenigen Tagen be- schlossen hat, Dr. Zeigner zu seinem Vorsitzenden zu ernennen. Weiter hatten die linksstehenden Sozialdemokraten Arzt, Weckel, Edel und Genossen Schritte unternommen, um die sozialdemo- kratische Liste für die Dresdner Stadtverordnetenwahlen einer Revision in dem Sinne zu unterziehen, daß der von reichswegen abgesetzte Ministerpräsident Dr. Zeigner als Spitzenkandidat auf die Liste gesetzt werden sollte und bei dieser Gelegenheit die rechtsstehenden Genossen um den neuen Wirtschaftsminister zur Strecke gebracht werden sollten. Man fragt sich erstaunt, wa- rum ein solcher Mann, der sogar, wie feststeht, seine Mitschul- digen zu veranlassen sucht, alle Schuld auf sich zu nehmen, we- gen der offenbar vorliegenden großen Verdunkelungsgefahr nicht längst schon verhaftet worden ist. Weshalb hat auch der Land- gerichtspräsident noch nicht die Suspendierung Zeigners vom Amte eines Landgerichtsdirektors verfügt? Die Beurlaubung kann doch keine Begründung dieser Unterlassung abgeben. Es verlaute heute mit Bestimmtheit, daß Zeigner nunmehr ver- haftet worden sei, bestimmtes war jedoch an keiner maßgeben- den Stelle zu erfahren. Andererseits ging auch das Gerücht um, Zeigner sei entflohen und zwar nach Moskau. Nun, seine dortigen Genossen können stolz auf ihn sein. Offenlich hat er ihnen auch seine Frau mitgebracht, die in diesem Skandal, wenn nicht die Hauptschuldige, so doch der antreibende Teil, der böse Geist gemein zu sein scheint. Sie war sowohl in politischen, wie in wirtschaftlichen Dingen Zeigners Ratgeberin, nach ihren Ansichten und Angaben hatte sich Zeigner zu richten und eine seiner stereotypen Aeußerungen war: „Bitte, meine Frau ist anderer Ansicht.“

**Dr. Zeigner demittiert.**

Dresden, 19. November. Dr. Zeigner übersendet der „Dresdner Volkszeitung“ folgende Erklärung: „Die bürgerliche Presse bringt Mitteilungen über ein gegen mich schwebendes Ermittlungsverfahren. In diesem Verfahren werde ich Rede und Antwort stehen und es wird sich ergeben, daß alle Mitteilun- gen bössartige Entstellungen oder politische Tendenzbehauptun- gen sind. Ich habe nie für amtliche Handlungen gebliche oder Geldwertentschuldigungen erhalten.“

**Aus aller Welt.**

— (Zeitschriftenlieb.) Auch die bekannte Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ stellt ihr Erscheinen ein. 65 Jahre hat sie ehrenvoll ihren Platz unter der besten deutschen Unterhaltungsliteratur bewahrt. — (Der Ruß der Mutter als Retter. Gerade bevor die Beigenträger den Sarg eines kleinen Mädchens, das zu Vittoria in Spanien geflohen war, zunageln wollten, trat die Mutter hinzu und bat, daß sie das Kind zum letztenmal küssen dürfe. Der Deckel wurde wieder abgenommen, und während die Mutter sich über ihren kleinen Liebling beugte, be- merkte sie, daß das Kind sich ein wenig bewegte. Sie rief sofort zu einem Arzt, und dieser stellte fest, daß das Mädchen nicht tot war, sondern, nur in einem Starckrampf lag. Es wurde bald wieder dem Leben zurückgegeben.

**Dollar 19. / 11. 2520 Milliarden (amtlich)**

**Neue Index-Ziffern.**

Stand der Goldmark. (Berechnet nach dem amtlichen Mittelkurs für Auszahlung Newyork.)

Table with 4 columns: Date, Goldkurs, Mittelkurs, Briefkurs. Rows show data for 12.11.1923, 13.11.1923, 14.11.1923, 15.11.1923, 18.11.1923.

Die Verhältniszahl beim Steuerabzug bleibt für die Woche vom 18. bis 24. November unverändert mit 300/100 bestehen.

Der Umrechnungssatz für Reichssteuer bleibt un- verändert. Silberankaufspreis. Der Anlauf von Reichsilber- münzen durch die Reichsbank erfolgt vom 19. d. M. ab bis auf weiteres zum 230-Milliardenfachen Betrage des Nennwertes.

Deutsche Arzneitage. Mit Wirkung vom 16. No- vember wird die Schlüsselzahl für Arbeitsvergütungen der deutschen Arzneitage auf 2 200 000 000 festgesetzt.

Die wöchentlichen Unkosten des Nahrungs- mittelaufwandes einer vierköpfigen Familie (Eltern und 2 Kinder) berechnet der Wirtschaftsstatistiker Richard Calver nach dem Stande der Lebensmittelpreise vom 17. November 1923 auf 33 628,3 Milliarden gegen 10 929,9 Milliarden in der Vorwoche.

**Sport | Turnen | Spiel**

Spielbericht für Handball (D. T.) vom Sonntag. „Turnerbund“ Pulsnitz I — Seminar Bischofswerda I 4 : 4.

**Fußball.**

Mittwoch, am 21. 11. 23: Pulsnitz I. Jug. — Großhirsdorf 2. Jug. 1/2 Uhr hier.

**Vorausichtige Witterung.**

Mittwoch: Meist wolzig bis trüb, nur zeitweise etwas aufhellend, gelinde, etwas Niederschläge. Donnerstag: Teils heiter, teils wolzig, strichweise etwas Niederschläge, früh um Null, Reif, Tag gelinde. Freitag: Ziemlich trüb, windig, gelinde, Niederschläge, nachher kälter werdend. Sonnabend: Veränderlich, Bewölkung, böig, kälter, Niederschläge in Schauern, vielfach als Graubeln oder Schnee.

**Dresdner Produktenbörse vom 19. November.** (Amtliche Notierungen.)

Die Preise verstehen sich pr. 100 Kilogramm in Goldmark. Weizen, inländ. 20-20,50, ruhig. — Roggen, inländ. 19,50-20, fest. — Sommergerste 18-18,50, ruhig. — Hafer 16,50-17,25, ruhig. — Mais 20,50-21, ruhig. — Nottlee 170 00-190 00, ruhig. — Trodenschneißel 9,20-9,50, ruhig. — Zuder- schneißel 13,00-16,00, fest. — Weizenkleie 8,60-8,80, ruhig. — Roggenkleie 8,60-8,80, ruhig. — Bäckerunrohmehl 43,00-44 00, fest. — Zulaubsmehl, Type 70 Proz. 42,00-43 00, fest. — Roggen- mehl, Type 70 Proz. 42 0-43,00, fest. Nottlee, Erbsen, Wicken, Beluschten, Lupinen, Mehl (Mehl frei Haus) in Mengen unter 5000 Kilogramm ab Lager Dresden, alles andere in Mindestmengen von 10000 Kilogramm waggonfrei schifflicher Abladestationen.

**Schlachtviehpreise auf dem Viehhof Dresden vom 19. November.**

Table with 3 columns: Animal type, Weight class, Price per 100kg. Rows include Rinder (A, B), Kälber, and Schweine with various sub-categories and prices.

Die unterzeichneten Banken und Bankiers geben hierdurch bekannt, daß sie Einlagegelder auf **provisionsfreien Rentenmarkkonten** bis auf weiteres wie folgt verzinzen: 4 % p. a. bei täglicher Verfügung, 6 % p. a. mit einmonat. Kündigungsfrist oder auf einen Monat fest. Den Umtausch der Papiermark in Rentenmark werden wir auf Wunsch der Kundschaft vornehmen, sobald bei den zuständigen Stellen die Umtausch- möglichkeit gegeben ist. Ostsachsen, den 19. November 1923. Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. Bankverein Bischofswerda AG. Bischofswerdaer Bank Engelhardt & Wagner. Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft. Dresdner Bank. Dresdner Handels- bank Aktiengesellschaft. C. F. Goerlitz Kommanditgesellschaft. G. E. Heydemann Kamenzer Bank A.-G. Pulsnitzer Bank e. G. m. b. H. Oberlausitzer Bank Abteilung der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt.

**Zu veranlassen** Gesunder **Ehestamm** 3 1/2 m lang, 25/35 cm sowie **starke Rüte** mit 15-20 cm Durchmesser gegen Hochgebot zu ver- kaufen. **Geschäftsstelle des Wochenblattes.** **Winter-Alster** mittl. Größe, gebr. zu verk. **Langestraße 328.**

**Männergesangv. zu Pulsnitz** Heute Dienstag abend 1/9 Uhr Männerchor. **Turnerbund Pulsnitz** Morgen, Mittwoch, nachm. 5 Uhr Schützenhaus (kleiner Saal) **außerordentl. Generalversammlung.** Infolge der ganz wichtigen Tagesordnung ist das Er- scheinen sämtlicher aktiven, sowie passiven Mitglieder **dringend erforderlich.** Der Vorstand. **Kein Trinkzwang!** **Annerate für alle Zeitungen** vermitteln vollständig **kostenlos** E. L. Förster's Erben, Buchdruckerei, Pulsnitz.

**Ohne Gesundheit keine wahre Weihnachtsfreude!** Beides zugleich können Kranke durch seine großen Erfolge höchstwahrscheinlich bekommen. **Original-Wohlmutth-Heil-Apparat Marke „Geweke“** bekommen. Glänzend bewährt bei verschiedenen Erkrankungen des Nervens und Muskelsystems, Herzleiden, Krankheiten der Sinnesorgane, Magen-, Darm- und Stoffwechselkrankheiten, verschiedene Frauenleiden und Kinderkrankheiten u. f. w. Auf Wunsch liefern wir die Apparate gegen bequeme Teil- zahlungen mit einem Ziel bis zu 6 Monaten ohne Zinsen- berechnung. Nähere Aufklärungen und Prospekte erhalten Sie kostenlos durch das **Wohlmutth-Institut Pulsnitz** Telefon 261 **Lange Straße 35.**

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various words and fragments of text.